Gelbe Erläuterungsbücher

E-Government-Gesetz/Onlinezugangsgesetz: EGovG/OZG

Mit Erläuterungen der E-Government-Gesetze der Länder

Bearbeitet von
Von Dr. Wolfgang Denkhaus, Regierungsdirektor, Prof. Eike Richter, Oberregierungsrat, und Lars Bostelmann, Ministerialrat

1. Auflage 2019. Buch. Rund 1050 S. Hardcover (In Leinen)
ISBN 978 3 406 72413 8
Format (B x L): 12,8 x 19,4 cm

Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht > Allgemeines Verwaltungsrecht

Zu Leseprobe und Sachverzeichnis

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

E-Government-Gesetz Onlinezugangsgesetz

Mit E-Government-Gesetzen der Länder und den Bezügen zum Verwaltungsverfahrensrecht

Kommentar

Erläutert von

Dr. Wolfgang Denkhaus
Regierungsdirektor
Bayerisches Staatsministerium für Digitales

Prof. Eike Richter
Oberregierungsrat
Professor für Öffentliches Recht
Hochschule der Akademie der Polizei Hamburg

Lars Bostelmann
Ministerialrat
Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2019

C.H.BECK

Zitiervorschlag:
Denkhaus/Richter/Bostelmann, EGovG/OZG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72413 8

© 2019 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Jung Crossmedia Publishing, Lahnau

Umschlagsatz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Recht der digitalen Verwaltung ist ein nach wie vor sehr junges Rechtsgebiet. Erst im Jahr 2009 wurde das erste Landes-E-Government-Gesetz verabschiedet. Im Jahr 2013 erfolgte auf der Bundesebene mit dem „Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung – E-Government-Gesetz (EGovG)" der eigentliche Startschuss für die Herausbildung einer eigenen, eigenständigen Rechtsmaterie, die über punktuelle Annexregelungen zum Verwaltungsverfahrensrecht (z. B. § 3a, § 27a, § 35a und § 41 Abs. 2a, 71e VwVfG), zur Verwaltungsgerichtsordnung (§§ 55a–55c VwGO) und zum Fachrecht (z. B. § 36a SGB I, § 87a AO, § 1 PAuswG) hinausgeht.

Ziel des Bundesgesetzes ist die Schaffung eines einheitlichen Rechtsrahmens für eine durchgängig digitale, d. h. „medienbruchfreie" elektronische Verwaltungskommunikation „vom Antrag bis zum Bescheid" und die Beseitigung rechtlicher Hindernisse, wie etwa gesetzlicher Zugangsbeschränkungen (§ 2 EGovG), Schriftformerfordernisse (§ 3a Abs. 2 VwVfG) oder „analoger" Nachweispflichten (§ 5 EGovG). ISd Medienbruchfreiheit erfasst das EGovG auch die interne Verwaltungsorganisation, insbes. mit Regelungen zur Einführung der elektronischen Akte, zum ersetzenden Scannen und zur Einsichtnahme in die elektronische Akte (§§ 6–8 EGovG).

In der Folge des Bundesgesetzes haben nahezu alle Länder eigene E-Government-Gesetze entweder bereits verabschiedet oder in Vorbereitung. Die Landesgesetze decken die wesentlichen Regelungsbereiche des EGovG des Bundes ab, gehen aber nicht selten auch darüber hinaus. Als neue Regelungsbereiche haben die Landesgesetzgeber u. a. entdeckt: die Pflicht der Behörden zur Bereitstellung von E-Government-Angeboten, die digitale Abwicklung grds. aller Verwaltungsverfahren, die Gewährleistung von IT-Sicherheit oder diverse Modelle zur effektiven IT-Organisation auf Landesebene, gerade auch unter Beteiligung der Kommunen.

Mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) von 2017 hat der Bund wieder stärker das Heft des Handelns an sich gezogen und die Verrechtlichung der digitalen Verwaltungs-IT weiter vorangetrieben. Nach Maßgabe des OZG sollen Bund, Länder und Kommunen nicht nur alle Verwaltungsleistungen auf allen Verwaltungsebenen bis 2022 online bereitstellen, sondern diese auch in einem einheitlichen Portalverbund integrieren und über ein einheitliches (interoperables) Nutzerkonto bundesweit einheitlich zugänglich machen. Der vorliegende Kommentar trägt der aktuell noch recht heterogenen Gesetzgebungslage auf Bundes- und Landesebene Rechnung.

Das Werk eröffnet seinen Nutzerinnen und Nutzern (Rechtswissenschaftlerinnen und -schaftler und Praktikerinnen und Praktiker in Behörden des Bundes, der Länder und Kommunen, in Justiz, Wissenschaft und Anwaltschaft) zwei Zugänge zur Rechtsmaterie:

1. Die Kommentierung zum EGovG (Bund) deckt die wesentlichen bundesgesetzlichen Grundlagen des Rechts der digitalen Verwaltung in Deutschland ab. Hierzu zählen neben dem EGovG des Bundes auch dessen wesent-

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

liche Bezüge zum EU-Recht und zum sonstigen Bundesrecht. Zu den im Rahmen der Kommentierung zum EGovG mit abgedeckten bundesrechtlichen Bezügen zählt neben dem OZG insbes. das VwVfG, VwZG und das De-Mail-G. Der Kommentar zum EGovG umfasst zudem (im Rahmen eines „Top-down"-Ansatzes) auch eine Differenzkommentierung zu den wesentlichen landesrechtlichen Bezügen der einzelnen Normen des EGovG.

2. Verwaltungsrecht ist und bleibt ganz wesentlich Landesrecht. Dies gilt auch für das Recht der digitalen Verwaltung. Die Mehrzahl der Nutzer des vorliegenden Kommentars wird sich daher auch und gerade mit landesrechtlichen Einzelfragen befassen. Neben dem „zentralen Zugang" über das EGovG Bund („Top-down" zum Landesrecht) bietet der Kommentar daher „in einem Band" auch den Zugang „Bottom-up" durch stärker ins landesrechtliche Detail gehende Darstellungen zu den jeweiligen Landes-E-Government-Gesetzen. Im vorliegenden Werk sind die zum 1. Oktober 2018 geltenden Landes-E-Government-Gesetze auf Basis der Materialien zum Gesetzgebungsverfahren, amtlicher Leitfäden und ggf. einschlägiger Literatur im Zusammenhang dargestellt. Die zuletzt in Kraft getretenen Gesetze für Bremen, Thüringen und Hessen werden durch kurze systematische Zusammenfassungen der Besonderheiten berücksichtigt. Rechtsänderungen, Rechtsprechung und Literatur sind bis 1. Oktober 2018 berücksichtigt. Für ihre wertvolle Unterstützung bei diesem Werk möchten wir *Christine Kamburg, Jan Liebenow* und *Saskia Steinicke* herzlich danken. Für wertvolle Hinweise und Anregungen danken wir außerdem *Dr. Rainer Bauer, Klaus Geiger, Marc Puder, Dr. Sönke E. Schulz* und *Uta Zeug*.

Die Verfasser hoffen, den Lesenden mit dem vorliegenden Werk einen strukturierten und informativen Überblick über das dynamisch wachsende Recht der digitalen Verwaltung zur Verfügung zu stellen.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

München/Hamburg/Wiesbaden im November 2018 *Wolfgang Denkhaus, Eike Richter und Lars Bostelmann*

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis IX
Literaturverzeichnis XIX
Abkürzungsverzeichnis XXXIII

A. Gesetzestexte

1. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government-Gesetz – EGovG) 1
2. Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) 11

B. Kommentar

I. Bundesgesetze

1. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government-Gesetz – EGovG)

Einleitung 15
E-Government-Gesetz 57

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2. Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG)

Einleitung 315
Onlinezugangsgesetz 334

II. Landesgesetze

1. Baden-Württemberg 377
2. Bayern 449
3. Berlin 527
4. Mecklenburg-Vorpommern 597
5. Nordrhein-Westfalen 653
6. Saarland 741
7. Sachsen 795
8. Schleswig-Holstein 891
9. Bremen 959
10. Thüringen 961
11. Hessen 963

Inhaltsübersicht

C. Texte angrenzender Gesetze

1. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) 965
2. Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG) 973
3. Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) 977
4. Zivilprozessordnung (ZPO) 981
5. Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis (Personalausweisgesetz – PAuswG) 985
6. De-Mail-Gesetz (De-Mail-G) 991

Sachverzeichnis 999

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis XIX
Abkürzungsverzeichnis XXXIII

A. Gesetzestexte

1. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government-Gesetz – EGovG) 1
2. Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) 11

B. Kommentar

I. Bundesgesetze

1. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (E-Government-Gesetz – EGovG)

Einleitung 15
§ 1 Geltungsbereich 57
§ 2 Elektronischer Zugang zur Verwaltung 74
§ 3 Information zu Behörden und über ihre Verfahren in öffentlich zugänglichen Netzen 117
§ 4 Elektronische Bezahlmöglichkeiten *und elektronische Rechnungsstellung* 127
§ 4a Elektronischer Rechnungsempfang; Verordnungsermächtigung 132
§ 5 Nachweise 156
§ 6 Elektronische Aktenführung 168
§ 7 Übertragen und Vernichten des Papieroriginals 188
§ 8 Akteneinsicht 205
§ 9 Optimierung von Verwaltungsabläufen und Information zum Verfahrensstand 214
§ 10 Umsetzung von Standardisierungsbeschlüssen des IT-Planungsrates 220
§ 11 Gemeinsame Verfahren 228
§ 12 Anforderungen an das Bereitstellen von Daten, Verordnungsermächtigung 254
§ 12a Offene Daten der Behörden der unmittelbaren Bundesverwaltung 261
§ 13 Elektronische Formulare 270
§ 14 Georeferenzierung 274
§ 15 Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter 286
§ 16 Barrierefreiheit 294
§ 17 Änderung verwaltungsrechtlicher Rechtsverordnungen des Bundes 301
§ 18 Anwendungsregelung 309
§ 19 Übergangsvorschriften 311

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2. Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG)

Einleitung 315
§ 1 Portalverbund für digitale Verwaltungsleistungen 334
§ 2 Begriffsbestimmungen 342
§ 3 Ziel des Portalverbundes; Nutzerkonten 349
§ 4 Elektronische Abwicklung von Verwaltungsverfahren 355
§ 5 IT-Sicherheit 359
§ 6 Kommunikationsstandards 363
§ 7 Für die Nutzerkonten zuständige Stelle 367
§ 8 Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung 368

II. Landesgesetze

Einleitung zur Kommentierung der Landesgesetze 375

1. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung des Landes Baden-Württemberg (E-Government-Gesetz Baden-Württemberg – EGovG BW)

Einleitung 377

Abschnitt 1. Grundlagen

§ 1 Geltungsbereich 382

Abschnitt 2. Elektronisches Verwaltungshandeln

§ 2 Elektronischer Zugang zur Verwaltung 387
§ 3 Elektronische Informationen und Verfahren 392
§ 4 Elektronische Bezahlmöglichkeiten 395
§ 5 Nachweise 397
§ 6 Elektronische Aktenführung 399
§ 7 Übertragen und Vernichten des Papieroriginals und elektronischer Dokumente 403
§ 8 Akteneinsicht 407
§ 9 Optimierung von Verwaltungsabläufen und Information zum Verfahrensstand 408
§ 10 Anforderungen an das Bereitstellen von Daten, Verordnungsermächtigung 411
§ 11 Elektronische Formulare 415
§ 12 Georeferenzierung 417
§ 13 Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter 420
§ 14 Barrierefreiheit 424
§ 15 E-Government-Infrastruktur 426

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 16 Informationssicherheit 432
§ 17 Umsetzung von Standardisierungsbeschlüssen des IT-Planungsrates 434

Abschnitt 3. Organisation und Strukturen der Zusammenarbeit in der Informationstechnik

§ 18 Beauftragte oder Beauftragter der Landesregierung für Informationstechnologie 436
§ 19 Aufgaben und Befugnisse der oder des Beauftragten der Landesregierung für Informationstechnologie 437
§ 20 IT-Rat Baden-Württemberg 441
§ 21 Aufgaben des IT-Rates Baden-Württemberg 442
§ 22 Arbeitskreis Informationstechnik des IT-Rates Baden-Württemberg 443
§ 23 IT-Kooperationsrat Baden-Württemberg 443
§ 24 Erlass von Verwaltungsvorschriften 447

2. Gesetz über die elektronische Verwaltung in Bayern (Bayerisches E-Government-Gesetz – BayEGovG)

Einleitung 449

Teil 1. Elektronische Verwaltung

Art. 1 Anwendungsbereich 457
Art. 2 Digitale Zugangs- und Verfahrensrechte 463
Art. 3 Elektronische Kommunikation und Identifizierung 465
Art. 4 Elektronische Behördendienste 471
Art. 5 Elektronischer Zahlungsverkehr und Rechnungen 476
Art. 6 Elektronisches Verwaltungsverfahren 479
Art. 7 Elektronische Akten und Register 484
Art. 8 Behördliche Zusammenarbeit 490

Teil 2. Sicherheit in der Informationstechnik

Kapitel 1. Allgemeine Vorschriften

Art. 9 Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik 494
Art. 10 Aufgaben 497
Art. 11 Behördenübergreifende Pflichten 502

Kapitel 2. Befugnisse

Art. 12 Abwehr von Gefahren für die Informationstechnik 506
Art. 13 Untersuchung der Sicherheit in der Informationstechnik 509
Art. 14 Mindeststandards 510
Art. 15 Warnungen 511

Kapitel 3. Datenschutz

Art. 16 Datenspeicherung und -auswertung 512
Art. 17 Datenübermittlung 518

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Teil 3. Schlussbestimmungen

Art. 18 Einschränkung von Grundrechten 520
Art. 19 Experimentierklausel, Inkrafttreten, Außerkrafttreten 520

3. Gesetz zur Förderung des E-Government (E-Government-Gesetz Berlin – EGovG Bln)

Einleitung 527

Abschnitt 1. Grundlagen

§ 1 Geltungsbereich 532
§ 2 Ziel und Zweck 534
§ 3 Datenschutz 537

Abschnitt 2. Verwaltungshandeln im E-Government

§ 4 Elektronische Kommunikation 537
§ 5 Elektronische Bezahlmöglichkeiten 546
§ 6 Nachweise 547
§ 7 Elektronische Akten 550
§ 8 Übertragen und Vernichten des Originals 555
§ 9 Akteneinsicht 559
§ 10 Optimierung von Verwaltungsabläufen und Information zum Verfahrensstand 560
§ 11 Information zu Behörden und über ihre Verfahren in öffentlich zugänglichen Netzen 564
§ 12 Elektronische Formulare 566
§ 13 Bereitstellen allgemein zugänglicher Datenbestände, Verordnungsermächtigung 569
§ 14 Elektronische Beteiligungsverfahren 572
§ 15 Gestaltung informationstechnischer Angebote 574
§ 16 Öffentliche IT-Zugänge 574
§ 17 Georeferenzierung 575
§ 18 Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter 577
§ 19 Öffentliche Bekanntmachung im Internet 579

Abschnitt 3. IKT-Steuerung

§ 20 Grundsatz 580
§ 21 IKT-Staatssekretär oder IKT-Staatssekretärin 584
§ 22 Lenkungsrat für IKT, E-Government und Verwaltungsmodernisierung . . 588
§ 23 IKT-Sicherheit 591
§ 24 IKT-Dienstleister 593
§ 25 Erlass von Verwaltungsvorschriften 594

Abschnitt 4. Schlussvorschriften

§ 26 Evaluierung 596

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

4. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltungstätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern (E-Government-Gesetz Mecklenburg-Vorpommern – EGovG M-V)

Einleitung 597
§ 1 Geltungsbereich 602
§ 2 Elektronischer Zugang zur Verwaltung 605
§ 3 Information zu Behörden und über ihre Verfahren in öffentlich zugänglichen Netzen 611
§ 4 Elektronische Bezahlmöglichkeiten 614
§ 5 Elektronische Nachweise, Einwilligung 616
§ 6 Georeferenzierung 619
§ 7 Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter 622
§ 8 Anforderungen an das Bereitstellen von Daten, Verordnungsermächtigung 624
§ 9 Barrierefreiheit 628
§ 10 Elektronische Aktenführung, Verordnungsermächtigung 629
§ 11 Übertragen und Vernichten des Papieroriginals 633
§ 12 Akteneinsicht 637
§ 13 Datenübermittlung 638
§ 14 Optimierung von Verwaltungsabläufen 640
§ 15 E-Government-Basisdienste, Einhaltung von IT-Landesstandards 642
§ 16 Koordinierung der Informationstechnik in der Landesverwaltung 647
§ 17 Lenkungsausschuss E-Government 649
§ 18 Evaluierung 651

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

5. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (E-Government-Gesetz Nordrhein-Westfalen – EGovG NRW)

Einleitung 653

Abschnitt 1. Grundlagen

§ 1 Ziel und Geltungsbereich 661
§ 2 Barrierefreiheit 668

Abschnitt 2. Elektronisches Verwaltungshandeln

§ 3 Elektronischer Zugang zur Verwaltung 669
§ 4 Elektronische Kommunikation mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen 677
§ 5 Elektronische Verwaltungsverfahren 681
§ 6 Information zu Behörden in öffentlich zugänglichen Netzen 683
§ 7 Elektronische Bezahlmöglichkeiten 686
§ 8 Nachweise 688
§ 9 Elektronische Aktenführung 691

§ 10 Übertragen und Vernichten des Papieroriginals 696
§ 11 Aufbewahrung und Archivierung 699
§ 12 Optimierung von Verwaltungsabläufen und Information zum Verfahrensstand 701
§ 13 Akteneinsicht 704
§ 14 Elektronische Behördenkommunikation und Datenaustausch 705
§ 15 Petitionsverfahren 707
§ 16 Anforderungen an das Bereitstellen von Daten 708
§ 17 Georeferenzierung von Registern 711
§ 18 Elektronische Beteiligungen 714
§ 19 Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter 715

Abschnitt 3. Informationstechnische Zusammenarbeit

§ 20 Umsetzung von Standardisierungsbeschlüssen des IT-Planungsrates 718
§ 21 IT-Kooperationsrat Nordrhein-Westfalen 719
§ 22 Koordinierung der Informationstechnik in der Landesverwaltung 722
§ 23 Verordnungsermächtigung und Verwaltungsvorschriften 725
§ 24 Landesbetrieb IT.NRW 734

Abschnitt 4. Schlussvorschriften

§ 25 Überprüfung von Rechtsvorschriften 736
§ 26 Inkrafttreten und Berichtspflicht 738

6. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Saarland (E-Government-Gesetz Saarland – E-GovG SL)

Einleitung 741

Abschnitt 1. Grundlagen

§ 1 Geltungsbereich 746

Abschnitt 2. Elektronisches Verwaltungshandeln

§ 2 Information zu Behörden und über ihre Verfahren in öffentlich zugänglichen Netzen 750
§ 3 Elektronischer Zugang zur Verwaltung 752
§ 4 Barrierefreiheit 758
§ 5 Elektronische Aktenführung 759
§ 6 Nachweise 763
§ 7 Übertragen und Vernichten des Papieroriginals 766
§ 8 Akteneinsicht 769
§ 9 Elektronische Formulare 770
§ 10 Elektronische Bezahlmöglichkeiten 772
§ 11 Georeferenzierung 773
§ 12 Petitionsverfahren 776
§ 13 Elektronische Beteiligungsverfahren 776

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 14 Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter 778
§ 15 [Aufgehoben] 780
§ 16 Optimierung von Verwaltungsabläufen und Information zum Verfahrensstand 780
§ 17 Anforderungen an das Bereitstellen von Daten, Verordnungsermächtigung 783

Abschnitt 3. Informationstechnische Zusammenarbeit

§ 18 Umsetzung von Standardisierungsbeschlüssen des IT-Planungsrates 787
§ 19 IT-Kooperationsrat Saarland 788

Abschnitt 4. Schlussvorschriften

§ 20 Überprüfung von Rechtsvorschriften 791

7. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Freistaat Sachsen (Sächsisches E-Government-Gesetz – SächsEGovG)

Einleitung 795

Abschnitt 1. Allgemeine Regelungen

§ 1 Anwendungsbereich 803
§ 2 Elektronische Kommunikation 806
§ 3 Elektronische Zahlungsverfahren 818
§ 4 Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter 820
§ 5 Datenschutz 823
§ 6 Datenschutz bei gemeinsamen Verfahren 826
§ 7 Barrierefreiheit 832

Abschnitt 2. Regelungen für die staatlichen Behörden

§ 8 Bereitstellung von Daten 833
§ 9 Interoperabilität und Informationssicherheit 837
§ 10 Basiskomponenten 842
§ 11 Datenübermittlung 854
§ 12 Elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung 856

Abschnitt 3. Regelungen für die Träger der Selbstverwaltung

§ 13 Interoperabilität und Informationssicherheit 863
§ 14 Basiskomponenten 866
§ 15 Datenübermittlung 869
§ 16 Elektronische Vorgangsbearbeitung und Aktenführung 876

Abschnitt 4. Organisation

§ 17 Zentrale Einrichtungen des Freistaates Sachsen 877
§ 18 Sächsischer IT-Kooperationsrat 879

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Abschnitt 5. Schlussvorschriften

§ 19 Verhältnis zu anderen Vorschriften 884
§ 20 Experimentierklausel 885
§ 21 Evaluierung 889
§ 22 Einschränkung eines Grundrechtes 890

8. Schleswig-Holstein

a) Gesetz zur elektronischen Verwaltung für Schleswig-Holstein (E-Government-Gesetz – EGovG)

Einleitung 891

Abschnitt I. Grundlagen

§ 1 Gesetzeszweck, Anwendungsbereich 897
§ 2 Begriffsbestimmungen 899
§ 3 Grundsatz der kooperativen Kommunikation 901
§ 4 Datenschutz 903

Abschnitt II. Maßnahmen des E-Government

§ 5 Verwaltungsträgerübergreifende Prozessgestaltung 904
§ 6 Verwaltungsträgerübergreifende Zusammenarbeit bei elektronischer Aufgabenerledigung 907
§ 7 Verwaltungsträgerübergreifende elektronische Kommunikation 909
§ 8 Zentrale Dienste des Landes 911

Abschnitt III. Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 9 Fortentwicklung des E-Government (Experimentierklausel) 917
§ 10 Ordnungswidrigkeiten 918
§ 11 Inkrafttreten 918

b) Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig-Holstein (Landesverwaltungsgesetz – LVwG –) (Auszug)

Zweiter Teil. Verwaltungshandeln

Abschnitt I. Allgemeine Vorschriften

Unterabschnitt 1. Elektronische Kommunikation

§ 52a Elektronische Kommunikation 921
§ 52b Elektronischer Zugang zur Verwaltung 929
§ 52c Informationen zu Behörden und über ihre Verfahren in öffentlich zugänglichen Netzen 933
§ 52d Elektronische Aktenführung und Vorgangsbearbeitung 935
§ 52e Ersetzendes Scannen 940
§ 52f Akteneinsicht in elektronische Akten 943
§ 52g Elektronische Zahlungsverfahren und Rechnungen 945

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 52h Barrierefreiheit 948
§ 52i Zentrale E-Governmentstelle 950
§ 52j Umsetzung von Standardisierungsbeschlüssen des IT-Planungsrates 951
§ 329a Amtliche Mitteilungs- und Verkündungsblätter 952

c) Geodateninfrastrukturgesetz für das Land Schleswig-Holstein (GDIG) (Auszug)

§ 9 Georeferenzierung 955

9. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Bremen

Kurzzusammenfassung 959

10. Thüringer Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung (Thüringer E-Government-Gesetz – ThürEGovG –)

Kurzzusammenfassung 961

11. Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Hessen (Hessisches E-Government-Gesetz – HeEGovG –)

Kurzzusammenfassung 963

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

C. Texte angrenzender Gesetze

1. Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) 965
2. Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG) 973
3. Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) 977
4. Zivilprozessordnung (ZPO) 981
5. Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis (Personalausweisgesetz – PAuswG) 985
6. De-Mail-Gesetz (De-Mail-G) 991

Sachverzeichnis 999

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG